



- **„Antigentrifizierung“**

Linksextremisten nutzen den Begriff „Gentrifizierung“ (Aufwertung eines Stadtteils durch „Luxussanierungen“, sodass die ansässigen Anwohner verdrängt werden), um eigene Interessen – wie den Erhalt von besetzten Häusern, sogenannten „Freiräumen“ – in eine gesellschaftlich relevante Debatte einzubringen. Der Kampf gegen „antisoziale Stadtumstrukturierungen“ soll vor allem Menschen ansprechen, die vom Verlust ihrer Wohnungen bedroht sind und fürchten, ihre angestammten Viertel verlassen zu müssen.

Aktionen: u. a. Beschädigung von „Luxusimmobilien“ und Büros von Immobiliengesellschaften bis hin zu Drohungen gegen angeblich Verantwortliche, Hausbesetzungen.



- **„Kurdistanolidarität“**

Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen in kurdischen Siedlungsgebieten gewinnt das linksextremistische Aktionsfeld „Kurdistanolidarität“ immer wieder anlassbezogen an Bedeutung. Die Solidarität gilt dabei kurdischen Autonomiebestrebungen, insbesondere der extremistisch-terroristischen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK).

Aktionen: u. a. Brandstiftungen, Sachbeschädigungen, Zeigen verbotener Symbole/Fahnen auf Demonstrationen.

Zur Vertiefung

In der nachfolgenden Broschüre des Bundesamtes für Verfassungsschutz finden sich weitere Informationen zum Thema. Aktuelle Tendenzen werden im Verfassungsschutzbericht thematisiert. Beide Publikationen sind unter www.verfassungsschutz.de bestell- oder als PDF abrufbar.



Weitere Informationen zum Verfassungsschutz finden Sie hier:
www.verfassungsschutz.de



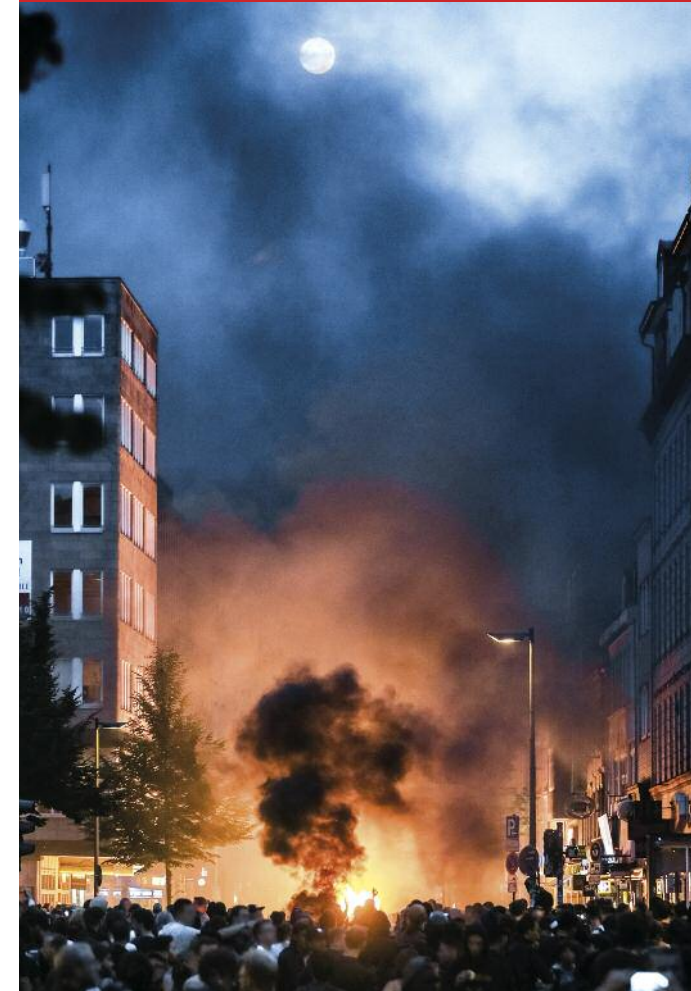
Bildnachweis
© dpa
© picture alliance/ZUMA Press
© picture alliance/NurPhoto
© picture alliance/NurPhoto
© dpa
© dpa
© picture alliance/NurPhoto
© picture alliance

Stand
Mai 2018



Bundesamt für
Verfassungsschutz

Linksextremisten Ihre Ziele & Aktionsfelder



Was wollen Linksextremisten?

Linksextremisten wollen unsere Staats- und Gesellschaftsordnung durch einen revolutionären Umbruch beseitigen. Deshalb versuchen sie, gesellschaftliche Konflikte im Sinne ihrer revolutionären Agenda für sich zu nutzen, und schrecken auch nicht vor der Begehung schwerer Straf- und Gewalttaten zurück. Sie machen ihre linksextremistischen Positionen bei Protestaktionen und gesellschaftlichen Debatten öffentlich, um auf diese Weise neue Anhänger, Sympathisanten und Mitglieder zu gewinnen.

Es geht Linksextremisten nur vordergründig darum, zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beizutragen. Bei ihren Aktionen verfolgen sie vielmehr nur ein Ziel: das Ersetzen unserer demokratischen Ordnung durch ein kommunistisches oder anarchistisches System.

Aktionsfelder

Folgende Themen greifen Linksextremisten bei ihren Aktionen häufig auf:



• „Antikapitalismus“

Die Basis linksextremistischer Ideologie ist der „Antikapitalismus“. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung wird nicht nur für Armut, Hunger und soziale Ungerechtigkeit, sondern zum Beispiel auch für Repression, Migrationsströme, ökologische Katastrophen, Machtstreben und Kriege verantwortlich gemacht. Diese Argumentation verbindet alle linksextremistischen Themen miteinander zu einem „Kampf ums Ganze“.

Aktionen: u. a. Blockaden, Brandstiftungen an „Luxusautos“, Körperverletzungen, Landfriedensbrüche, Sachbeschädigungen.



• „Antifaschismus“

„Antifaschismus“ ist im Verständnis von Linksextremisten mehr als der bloße Kampf gegen Rechtsextremisten bzw. Rechtspopulisten. Aus linksextremistischer Sicht hat „der Faschismus“ seine Wurzeln im „Kapitalismus“ – der Kampf gegen Rechtsextremismus könne demnach nur dann gewonnen werden, wenn das gesamte „kapitalistische System“ überwunden werden würde.

Aktionen: u. a. Blockaden, Brandstiftungen, Körperverletzungen, „Nazi-Outings“ (Veröffentlichung privater Informationen von tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremisten), Sachbeschädigungen.



• „Antiglobalisierung“

Linksextremisten kritisieren die Art und Geschwindigkeit des ökonomischen, politischen und kulturellen Wandels. Sie werfen den reichen, kapitalistischen Staaten vor, im Interesse global agierender Konzerne die Ressourcen armer Länder auszubeuten. Im Fokus des Protests stehen dabei die Gipfelkonferenzen der EU, des IWF, der WTO und der NATO sowie die jährlichen Spitzentreffen der G7 bzw. G8 und der G20.

Aktionen: u. a. Blockaden, Brandstiftungen, Körperverletzungen, Sachbeschädigungen.



• „Antirassismus“

Gesellschaft und Staat stehen bei Linksextremisten unter dem Generalverdacht rassistisch zu sein. Neben vermeintlichem „Alltagsrassismus“ sowie der Verschärfung der Asylgesetze stellen Flüchtlingsbewegungen beliebte Anknüpfungspunkte dar. Dabei argumentieren Linksextremisten, dass erst der von ihnen bekämpfte „Kapitalismus“ die eigentlichen Fluchtursachen produziere. Auf diese Weise wird die Solidarität mit Flüchtlingen mit dem Kampf gegen die „herrschende Klasse“ verbunden.

Aktionen: u. a. Brandstiftungen (meist gegen Einrichtungen von Parteien oder staatlichen Institutionen gerichtet), Sachbeschädigungen.



• „Antirepression“

Das staatliche Gewaltmonopol dient aus linksextremistischer Sicht der Unterdrückung revolutionärer Prozesse und der Herrschaftssicherung. Linksextremisten richten ihre Aktionen und Parolen deshalb vorwiegend gegen Polizeikräfte, die als Repräsentanten des „Repressionsapparates“ gelten, sowie gegen eine vermeintlich herrschende „Klassenjustiz“. Die eigene Gewalt wird mit der Aussage gerechtfertigt: „Kriminell ist das System und nicht der Widerstand!“.

Aktionen: u. a. Angriffe auf Polizisten bis hin zu schwersten Körperverletzungen, Sachbeschädigungen bis hin zu Brandstiftungen an Polizeirevieren und Fahrzeugen der Polizei und von Sicherheitsunternehmen.